

Neuenburg schrumpft

Bildungspolitische Kurzinformationen

Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK)

Die Erziehungsdirektorenkonferenz fordert vom Bund zwischen 2008 und 2011 ein Ausgabenwachstum von 8 statt 6 Prozent für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation. Nur dann könne der Bund künftig seine selbst erlassenen Gesetzesvorschriften korrekt erfüllen.

*

Die von den deutschen Kultusministern beschlossenen Korrekturen an der neuen Rechtschreibung werden von der Schweiz übernommen.

Statistik

Im Wintersemester 2005/2006 waren an den Schweizer Hochschulen über 166 000 Studierende immatrikuliert, darunter 48 Prozent Frauen und 20 Prozent ausländische Staatsangehörige. Drei Viertel der Studienanfänger und Studienanfängerinnen besuchten einen Bachelorstudiengang. Ein Jahr zuvor betrug dieser Anteil erst ein Viertel.

*

Im europäischen Vergleich nimmt die Schweiz bei der Stellung der Frauen auf dem akademischen Arbeitsmarkt zwar einen Spitzenplatz ein, in Wissenschaft und Technologie sind sie untervertreten. Es gibt zu wenig Forscherinnen.

*

Die Förderung von Migrantenkindern in der Schule gelingt der Schweiz im Vergleich mit anderen Staaten bloss mittelmässig. Dies zeigt eine Auswertung der PISA-Studie. Bei den Migrantenkindern der zweiten Generation sinkt der Anteil der sehr schlecht Lesenden in der Schweiz von 22 auf 10 Prozent. In Deutschland und Österreich hingegen überhaupt nicht. Die OECD-Forscher sehen keinen grundsätzlichen Zusammenhang zwischen dem Anteil der Migranten und den Leistungsunterschieden zwischen ausländischen und einheimischen Schülerinnen und Schülern.

Universitäten

Universitätskonferenz

Die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK) kritisiert den Bundesrat, weil er einen 50-Millionen-Kredit für ein neues Institut für Internationale Studien und Entwicklung in Genf gewährt hat, ohne die Hochschulkonferenz in den Entscheid einzubeziehen.

Basel

Die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben sich auf eine gemeinsame Trägerschaft für die Universität geeinigt. Der Vertrag geht nun in die parlamentarische Beratung. Er soll Anfang 2007 in Kraft treten.

Luzern

Nach den guten Erfahrungen in anderen Universitätskantonen führt auch Luzern ab dem Herbstsemester 2006 eine Kinderuni ein.

*

Im Jahre 2005 stieg die Zahl der Studierenden im Diplomstudium auf 1581. Allein an der rechtswissenschaftlichen Fakultät studieren rund 1000 Personen, fast ein Viertel mehr als im Jahre 2004.

Neuenburg

Da die Universität zwei Millionen Franken einsparen muss, schlägt der Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät vor, Chemie und Physik nicht mehr anzubieten, da die Studienzahlen zu gering seien. Die Fakultät würde dann nur noch aus den drei Instituten Mikrotechnik, pflanzliche Biologie und Hydrogeologie bestehen.

Zürich

Für das Medizinstudium gelten auch für das Studienjahr 2006/2007 Zulassungsbeschränkungen. Davon betroffen sind auch die Zahnmedizin und die Tiermedizin.

*

Ab dem Wintersemester 2006/2007 können Studierende ein Masterstudium in Informatik aufnehmen. Ein Jahr später wird der Master-Lehrgang auch für die Wirtschaftswissenschaften eingeführt.

*

Fotografie wird neu zu einem eigenständigen Studienfach. Am Kunsthistorischen Seminar wird eine Lehr- und Forschungsstelle aufgebaut für Theorie und Geschichte der Fotografie.

*

Der Kanton Zürich reduziert die Investitionen der Jahre 2006 bis 2012 gegenüber der Planung um rund 140 Millionen Franken. Fast 120 Millionen betreffen die Universität Irchel.

*

Parlamentarier verschiedenster Parteien fordern, die Abschaffung des Antragsrechtes der Professoren für die Besetzung der Stellen des Rektors und Prorektors. Diese Stellen sollen öffentlich ausgeschrieben und durch ein professionelles Verfahren besetzt werden.

*

Drei Viertel der von Dritten (Privatwirtschaft, Organisationen oder aus Forschungsprogrammen) zur Verfügung gestellten Mittel fliessen in die mathematisch-naturwissenschaftliche und in die medizinische Fakultät. Der Geldgeber hat grundsätzlich keinerlei Einfluss auf die Forschungsarbeit, weder in personellen noch in inhaltlichen Fragen.

Forschung

Das vom ETH-Rat initiierte Kompetenzzentrum für Energie und Mobilität hat seine Arbeit aufgenommen. Ziel des Zentrums ist es unter anderem, umweltfreundliche Energietechniken zu entwickeln, die den Ersatz von Öl und Gas ermöglichen.

Fachbereiche

Medizin

Das neue Gesetz über universitäre Medizinberufe hat die parlamentarische Hürde genommen. Die Kantone dürfen somit nebst den im Bundesgesetz vorgesehenen Berufen noch weitere akademische Gesundheitsberufe anerkennen. Hochschulen, die sie ausbilden, müssen ihre Aus- und Weiterbildungsgänge akkreditieren lassen.

Fachhochschulen

Der Bundesrat erteilt der Hochschule der Künste Bern (HKB) die provisorische Genehmigung zur Einführung des dreijährigen Bachelor-Studienganges Literarisches Schreiben. Die HKB eröffnet im Oktober 2006 das Schweizerische Literaturinstitut in Biel.

*

Die rund 200 Höheren Fachschulen wollen enger zusammenarbeiten. Geplant ist der Aufbau einer Dachorganisation zur Interessenvertretung und zur Koordination der Bildungsangebote. Angestrebt wird die Anerkennung der Abschlüsse in der EU und die Schaffung eines eigenen Bundesgesetzes für die Fachschulen.

Mittelschulen

Maturität

Im Jahre 2005 erlangten 27 200 Personen einen Maturitätsabschluss. Dies sind 26 Prozent mehr als im Jahre 2000. Etwas mehr als die Hälfte der Maturitätszeugnisse (52%) ging an Frauen. 90 Prozent der Personen mit gymnasialer Maturität und 58 Prozent jener mit Berufsmaturität entscheiden sich für eine Ausbildung an einer Hochschule.

Zürich

Der Regierungsrat lehnt die Volksinitiative ab, welche die aus Spargründen verfügte Erhöhung der Volksschulklassen um 1,5 Schüler rückgängig machen will.

Volksschulen

Aus Spargründen wird im Kanton Neuenburg die durchschnittliche Schülerzahl in den Primar- und Sekundarschulklassen von 20 auf 21 angehoben. Damit können rund 50 Klassen, davon 10 Gymnasialklassen, aufgehoben werden. Entlassung fest angestellter Lehrkräfte soll nicht erfolgen.

Berufsbildung

Die Schweizerische Direktorinnen- und Direktorenkonferenz der Berufsfachschulen will sich in nächster Zeit intensiver mit der Höheren Berufsbildung beschäftigen. Einerseits soll der Höheren Berufsbildung ein grösserer Stellenwert zukommen, auf der anderen Seite gilt es, die Positionen der Akteure zu klären.

*

Das eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) will neue Modalitäten für die Laufbahnen von Berufsoffizieren und Berufsunteroffizieren realisieren. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, die militärische Profession als Erstberuf zu ergreifen. Neu soll auch unter gewissen Bedingungen ohne Maturitätsabschluss die Laufbahn eines Berufsoffiziers ergriffen werden können.

Ausbildungsfinanzierung

Junge CVP, Juso, Junge Grüne, Junge Alternative und die Jugendorganisation des Gewerkschaftsbundes lancieren eine Petition für harmonisierte Stipendien. Sie verlangen Ausbildungshilfen für Studierende, Mittelschüler und Lehrlinge nach einheitlichen Kriterien und einem Mindeststandard.

Verbände, Organisationen, Institutionen

Fachhochschulabsolventen, die noch nach altem Recht studiert haben, müssten auf verkürztem Weg den Mastertitel erreichen können, fordert der Dachverband der Absolventen «FH Schweiz».

Verschiedenes

Das Bundesgericht trat nicht auf die Forderung der Interprofessionellen Gewerkschaft der italienischen Schweiz und der unabhängigen Studenten- und Lehrlingengewerkschaft ein, die Abstimmung über den Bildungsartikel zu annullieren.

*

Das Bundesgericht rügt den Regierungsrat des Kantons Luzern, der vor der Abstimmung über die Stipendieninitiative «mehrfach falsch informiert» habe. Dennoch lehnt das Gericht die Beschwerde der Luzerner Jungsozialisten ab, die eine Wiederholung der Abstimmung herbeiführen wollten. Da die Initiative mit deutlichem Mehr abgelehnt worden sei, seien die Fehler der Regierung für das klare Resultat «nicht zwingend ausschlaggebend» gewesen.

Volksentscheide

Die Stimmenden im Kanton Thurgau lehnen mit 51,9 Prozent Neinstimmen die Initiative ab, die sich gegen das Unterrichten zweier Fremdsprachen in der Primarschule richtete. Damit wird in der 3. Klasse Englisch eingeführt und in der 5. Klasse Französisch.

*

Im Kanton Schaffhausen wird eine Initiative abgelehnt, die den Unterricht der zweiten Fremdsprache erst ab der 7. Klasse beginnen lassen wollte.

*

Im Kanton Zug wird die Initiative «Nur eine Fremdsprache an der Primarschule» verworfen, ebenso jene gegen den «Abbau beim handwerklichen Gestalten».

*

Deutlich angenommen wurde im Kanton Luzern das neue Berufsbildungsgesetz, das die Weiterbildung regelt und die neuen schweizweiten Normen übernimmt.

*

Im zweiten Anlauf hat das neue Obwaldner Bildungsgesetz die Hürde der Volksabstimmung genommen. Ein erstes Gesetz war 2004 an der Urne gescheitert. Inzwischen wurden die umstrittenen Punkte geändert und die Gemeinden entlastet.

*

Der Souverän des Kantons St. Gallen spricht sich für eine neue, einheitliche Regelung für das so genannte «Brückenangebot für Schulabgänger» aus. Die Angebote im Übergang von Sekundarschule zu Berufsbildung waren auf rund ein Dutzend öffentliche Trägerschaften verteilt. Einzelne Regionen hatten nichts anzubieten und das Schulgeld war unterschiedlich hoch.

*

Die Stimmenden der Stadt Bern haben einen Kredit von 8,5 Mio. Franken für den Kauf einer einheitlichen Informatikplattform für die Volksschule angenommen. Alle rund 7000 Schüler sollen damit einen gleichwertigen Informatikunterricht geniessen.

Publikationen

Unter dem Titel «Das Schweizerische Hochschulsystem im internationalen Kontext» veröffentlicht das Bundesamt für Statistik einen Ländervergleich anhand statistischer Indikatoren.

Internationale Nachrichten

Frankreich

In Frankreich fehlen rund 5000 Schulrektoren (directeurs d'école). Es wird vermutet, dass Lehrkräfte diese Verantwortung nicht übernehmen wollen, da das monatliche Gehalt nur 15 Euro über dem eines ordentlichen Lehrers liegt.

Abgeschlossen: 1. Juli 2006

Walter E. Laetsch